

Radical Münze

Antipolitik ist die Negation der Politik, nicht deren Kritik

PHILIPP LENHARD

Als die Redaktion *Bahamas* im Herbst 2003 eine Stellungnahme veröffentlichte, in der sie sich gegen eine Form der Antipolitik aussprach, die alle Versuche, das vermeintliche Schicksal durch Ausgleich und Kompromiss abzuwenden, als widernatürlichen Eingriff des Menschen betrachtet, war das Geschrei groß. Die Linken fühlten sich bestätigt, schließlich meinten sie schon immer gewusst zu haben, dass die Antideutschen auf bürgerliche Nationalstaaten abfahren und in Wahrheit gar keine radikalen Kritiker sind, sondern lediglich eine späte Wiedergeburt Winston Churchills. Doch auch viele Antideutsche waren etwas perplex angesichts dieses plötzlichen begrifflichen Umschwenkens, galt doch der Begriff „Antipolitik“ bislang als dezidiert kritischer, der sich gegen den Staatsfetischismus und den linken Drang zur Realpolitik richtete. Am Begriff der „Antipolitik“ war jedoch etwas faul geworden. Spätestens seit dem Irak-Krieg roch er modrig, weil auf einmal jeder dahergelaufene antiamerikanische Linke für sich proklamierte „Antipolitiker“, ergo: „Staatsfeind“ zu sein. Solche vermeintlichen Staatsfeinde hielten den Antideutschen in sich reflektiert gebender Pose vor, der kommunistischen Kritik abgeschworen zu haben und zu Propagandisten des Kapitals geworden zu sein - sie seien nichts als deutsche Liberale. Das Heer der Schreihälse reicht von Robert Kurz, der die Antideutschen als „Jubelperser der Weltpolizei“ diffamierte über die *junge Welt* bis hin zum Antifaspektrum um die Zeitschrift *Phase 2*, die in ihrer letzten Nummer triumphierend feststellte, die Antideutschen ständen der Hinwendung einiger ehemaliger Kommunisten zum Liberalismus nur „scheinbar kritisch gegenüber“ - eigentlich, so

suggestiert man in Leipzig, seien die Antideutschen selber waschechte Liberale, die sich bemühten dies zu verdecken.

Der wahre Theoretiker

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, wenn die *Phase 2* sich in ihrer neuen Ausgabe dem Schwerpunkt „Ökonomie und Politik im Kapitalismus“ zuwendet. Denn wenn die Antideutschen, die einem ständig die legitime Kritik durch ihre polemischen Übertreibungen ruinieren und so für den linken Diskurs untauglich machen, jetzt angeblich Politiker geworden sind, dann muss das „Magazin für die linksradikale Bewegung“ erst einmal ganz differenzierend und mit viel Fingerspitzengefühl die eigene Position zur Politik ausloten. Und wie verwirklicht man dieses Vorhaben? Ganz klar: Erst einmal muss mit viel Pomp gezeigt werden, dass man selbst ein großer Theoretiker ist, der über den Gegenstand erhaben ist und voll darüber Bescheid weiß, wie es um „Ökonomie und Politik im Kapitalismus“ bestellt ist. Dazu lädt man sich den allseits anerkannten Fachmann für die Kritik der politischen Ökonomie, Michael Heinrich, ein, der in einem sterbenslangweiligen Interview darüber Auskunft gibt, dass die Linkspartei verkürzte Kapitalismuskritik betreibe, weil sie „auf die Argumentationsebene des ersten Bandes des Marxschen Kapital zurück“ falle - ihr es also eines echten Kenners der Materie ermangele, der die Kapitalismuskritik marxgetreu verlängere. Weil es aber in der linken Debatte nicht um Wahrheit, sondern um die Diversität der Ansätze geht, braucht man noch einige andere Argumentationsstränge, die das Heft zu einer beachtlichen Meinungsschau anfüllen - ein wenig Poststrukturalismus hier, ein Stückchen Ideologiekritik dort, ein Schuss *Krisis*

und abgerundet wird das Ganze durch theoretisch aufgepeppten Globalisierungskritik - fertig.

Damit soll wieder einmal unter Beweis gestellt werden, dass die wahren Theoretiker ihren Platz in der „linksradikalen Bewegung“ haben. Und die kommt nun mal nicht ohne das Politikmachen aus, weil es ihr Lebenselixier ist. Weder will man sich zu einer Kritik der Politik hinreißen lassen, die einem das berühmte „Hineinwirken in die Gesellschaft“ versperren würde, noch möchte man sich allzu offen dazu bekennen, formal betrachtet letztlich nichts anderes zu wollen als Münzfefering. Letzterer soll lediglich radikalisiert, auf seinem eigenen Terrain, der Politik, von den linksradikalen Theoretikern überholt werden. Da diese ohnehin ständig nur ans konformistische Mitmachen in Gestalt aufgeblähter Wichtigtuerei und moralischer Ermahnung zu tugendhafter Lebensführung denken, taucht die Kritik der Politik am linken Horizont folglich nicht auf. Subversive Politik oder totale Aufgabe, das heißt staatlich goutierte Lebensreform oder widerspruchsloses Sich-Fügen - etwas anderes kennen sie nicht. Das Ergebnis ist die Parole „Antiherrschaft statt Antipolitik!“ (1) So kritisch die Linken auch sein wollen, es kommt doch nur immer dasselbe heraus: die Sucht nach Politik im radikalen Gewand. Während die antideutsche Befürwortung eines US-geführten Krieges gegen Saddam Hussein sich stets dessen gewahr war, dass es auf ihre Unterstützung nicht ankommt (2), die auf die Straße getragene Kritik aber allemal dazu geeignet ist, das Ideologiegebäude Einzelner ins Wanken oder gar zum Einsturz zu bringen, mosern die Linken nur an der „neoliberalen Politik“ herum, weil sie meinen, selbst die besseren Politiker zu sein.

Politik im Würgegriff

Dies führt die Initiative Antiherrschaftliche Gesellschaftstheorie (IAG) in ihrem *Phase 2*-Leitartikel „Staat gleich Politik? Anmerkungen zu Ökonomie und Politik im Kapitalismus“ muster-gültig vor. Ihr ist die Trennung von Politik und Ökonomie bereits Ausgangsbedingung, womit sie die Rolle des sakrosankten Theoretikers einnimmt, der die verschiedenen Bestandteile der Gesellschaft erst sauber voneinander trennt, um sie hinterher in richtiger Reihenfolge wieder zusammenzuführen. So wird zwar behauptet, sich der Frage nach „dem Verhältnis von Ökonomie und Politik“ widmen zu wollen, doch im weiteren Verlauf des Artikels ist keine Rede mehr von einem Verhältnis. Stattdessen wird die Gesellschaft als hierarchisches Modell gezeichnet, bei dem bloß noch nicht ausgemacht ist, welcher Bestandteil zuerst da war. Ja, die „Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik“ sei sogar „falsch gestellt“, denn der so Fragende - also Marx - werfe „gesellschaftliche Bereiche“ (Ökonomie und Staat) und „soziale Logiken“ (Herrschaft und Politik) durcheinander. Auch wenn man davon absieht, dass es nur eine einzige Logik gibt und nicht mehrere verschiedene, wird hier ein Begriffsgeklapper ohne Sinn und Verstand betrieben. Die IAG vertritt die verquere Vorstellung, es gäbe verschiedene voneinander klar zu unterscheidende Bereiche, in denen jeweils eine eigene Logik vorherrsche.

Der linksradikale Theoretiker geht nun hin und klamüsert heraus, welche Logik zu welchem Bereich gehört und wie sich alles zum Ganzen fügt. Der Begriff dieses Ganzen muss notwendig harmonisch ausfallen (3), Widersprüche kennt er nur als sich ergänzende Sphären, die jeweils ineinander greifen und - so strukturalistisch ist man allemal - ein weit verzweigtes Netz bilden. Weil dieses Netz keinen Anfangspunkt besitzt, kann

der Theoretiker sich „Themenfelder“ beliebig herausgreifen und daran sein Gedankensystem illustrieren. Heute sind es mal nicht die *Gender Studies*, sondern die Politik. Diese, so weiß man, ist strikt von „Herrschaft“ zu trennen, denn während die Herrschaft eine „subordinierende Form der Einrichtung von Gesellschaft“ darstelle, sei die Politik ein „kollektiv geführter Streit über diese Einrichtung“. Die Herrschaft sei also nicht der notwendige Inhalt der gesellschaftlichen Form



Mag Politik und Herrschaft: Franz Müntzfehring

Wert, sondern selber eine Form, deren Inhalt wiederum die Politik sei. Die Politik wird diesem Verständnis nach von ihrer herrschaftlichen Form im Würgegriff gehalten und es ist die Aufgabe des revolutionären Subjektes, diesen Griff zu lösen, indem es die Herrschaft abschafft - übrig bleibe dann die „herrschaftsfreie Politik“. Doch wenn die Politik durch die Herrschaft geformt wird - nämlich als Herrschaftspolitik - dann stellt sich die Frage, welches Mittel außer der Politik dem antiherrschaftlichen Subjekt bleibt: wider aller Logik beharrt die IAG darauf, dass es trotzdem die Politik zu sein habe, mit der die Politik von ihrem herrschaftlichen Charakter befreit werden müsse. In diesem Paradoxon offenbart sich das konformistische Wesen der IAG, die das Mittel der Revolution mir nichts dir nichts gegen die Fortsetzung des Immergleichen eintauscht, weil sie sich nicht von den Denkformen der politischen Ökonomie zu lösen vermag.

Heuschrecken und Medienmacht

Irgendwie ist auch den auf Operaismus (4) machenden Autonomen klar, dass ihr Begriff von Politik auf diese Weise in gefährliche Nähe zu Habermas' „herrschaftsfreien Diskurs“ gerät, weshalb sie darauf hinweisen, dass dieser Diskurs nur scheinbar in herrschaftsfreiem Raum stattfindet. Vielmehr sei es so, dass das alte deutsche Sprichwort „Geld regiert die Welt“ zutreffe. Das schreiben sie zwar nicht so, aber anders: Die „Zivilgesellschaft (ist) kein neutrales Terrain, zu dem alle gleichberechtigt Zugang haben. Wer hier von einem breiteren Publikum gehört werden will, muss es kontinuierlich in die Massenmedien schaffen und benötigt dazu entweder viel Finanzkraft oder zumindest eine effiziente Organisation mit entsprechendem Multiplikatorensystem. Wer darüber jedoch verfügt, dem kann es - wie den Unternehmerverbänden - unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen sogar gelingen, ein ihm genehmes Projekt zur Einrichtung von Gesellschaft - in diesem Fall: den Neoliberalismus - als alternativlos erscheinen zu lassen.“ Kritik des notwendig falschen Bewusstseins? Fehlanzeige.

Stattdessen breitet die IAG eine Verschwörungstheorie aus, die sich gewaschen hat. Dass ihnen als erstes die „Unternehmerverbände“ als Urheber des vorherrschenden Verblendungszusammenhanges einfallen, ist kein Zufall, weil sie auf die klassisch sozialdemokratische Mär zurückgreifen, der Staat sei nur deshalb zu kritisieren, weil er die Interessen der falschen Klientel bediene - er sei ein Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft. Es ist die Ideologie der Personalisierung eines gesellschaftlichen Verhältnisses, die sich hier ausdrückt. Die „Heuschrecken“-Kapitalisten würden sich die Presse kaufen, um ihre Interessen schonungslos durchzusetzen. Und sie täten das nicht in offener Weise, sondern ver-

steckt, indem sie bestimmte gesellschaftliche Vorstellungen mittels Medienmacht als alternativlos erscheinen ließen. Es stellt sich natürlich sofort die Frage, weshalb die Mehrheit der Deutschen bei der letzten Bundestagswahl nicht neoliberal, sondern links gewählt hat. So alternativlos kann der Neoliberalismus wohl doch nicht erscheinen. Aber irgendeine hanebüchene Erklärung für die offenkundige Dummheit der Wähler, die sie aber zugleich nicht vergrätzt, muss schließlich gefunden werden, wenn man den Anspruch aufrecht erhalten will, Politik zu machen.

Kritik der Politik

Weil die IAG sich weigert, eine materialistische Kritik der Politik vorzunehmen, das heißt die Politik als notwendig am Gemeinwohl orientierte Unterwerfung des Subjektes unter das staatliche Gewaltmonopol zu kritisieren, womit jede Politik - sei sie nun rechts, links, neoliberal oder kommunistisch - System erhaltenden Charakter annehmen muss, kann sie die gesellschaftlichen Subjekte nicht ernst nehmen. Diese fallen in ihrer Vorstellung immer nur auf Propaganda herein, auch wenn sie ihre eigene Propaganda nicht als solche begreifen. Dass die Subjekte aber die Herrschaft aus sich heraus affirmieren, ja, bisweilen sogar herbeisehnen könnten, diesem Problem stellt sich die IAG nicht. (5) Ihr ist vielmehr daran gelegen, die Gesellschaft als neutralen „Bereich“ zu verstehen, den die Linke mit ihrer Propaganda nur angemessen beackern müsse, um ihrerseits hegemonial zu werden und wenn nicht als alternativlos, so doch wenigstens als Alternative zu erscheinen: „Eine andere Welt ist möglich“, sagt Attac. Die IAG leugnet den Zusammenhang von Politik und Herrschaft einzig aus dem Grund, dass sie sich ihre eigene Politik nicht vermiesen lassen will: „Wir verstehen unter ‚Politik‘ nicht den in Parteien und Parlamenten stattfindenden so genannten ‚politischen Willensbildungsprozess‘, sondern einen kollektiv geführten Streit über die Einrichtung von Gesellschaft. Das bedeutet, dass sich Gruppen als politische Akteure konstituieren und versuchen ihr jeweiliges Projekt hegemonial, d.h. ver-

allgemeinerungsfähig, zu machen. Dar- aus folgt nicht, dass im Umkehrschluss die als ‚politischer Willensbildungsprozess‘ verhandelten Verfahren und Praktiken für unwichtig gehalten werden sollten. Vielmehr sind sie als Mechanismen in Betracht zu ziehen, die den vorstaatlichen politischen Streit in bestimmte institutionelle Bahnen lenken, in denen er in konkrete staatliche Handlungen ‚übersetzt‘ werden kann.“ Deutlicher kann die Affirmation des Staates gar nicht ausfallen. Und in der Argumentation zeigt sich, wie notwendig Politik sich um das Wohl des Ganzen sorgt. Sie müsse „hegemonial“ werden, das heißt von der Mehrheit gegen die Minderheit getragen sein. Sie solle „verallgemeinerungsfähig“, also von individuellen Interessen abstrahierend sein. Der von der IAG intendierte „kollektiv geführte Streit“ bedeutet nichts anderes als sich den Kopf des Staates zu zerbrechen - weshalb es auch schwer sein dürfte, überhaupt einen substantiellen Unterschied zwischen „Willensbildungsprozess“ und „kollektiv geführtem Streit“ anzugeben.

Von der Politik zur Antipolitik

Da hilft es auch nicht, wenn beteuert wird, es sei „fatal“, „wie bisher nach ontologisch privilegierten Subjekten (seien es das Proletariat oder beliebige Subalterne) zu suchen“: denn die IAG verabschiedet sich nur deshalb von der Klasse, um zum Volk zu gelangen. Ihr Projekt ist die *echte Politik*, die *wahre Demokratie*, das *wirkliche Kollektiv*. Deshalb bewahrt sie auch nichts davor, jederzeit von der Politik in die Antipolitik umzuschlagen, das heißt von der individuellen Unterwerfung *unter* den als Vermittlung fungierenden Staat in die persönliche Identifizierung *mit* dem Staat zu rücken und in vorausseilendem Gehorsam dessen barbarisches Potential zu exekutieren. Der feine Unterschied zwischen Politik und Antipolitik - dass nämlich bei Ersterer Gesellschaft und Staat in einem Verhältnis zueinander stehen und nicht identisch sind, was den kollektiven Wahn davor bewahrt, ungehindert zur Tat schreiten zu können - muss der IAG entgegen, weil sie den Staat überhaupt nicht

als Vermittlungsinstanz eines *bestimmten* gesellschaftlichen Verhältnisses begreift, sondern lediglich als *beliebig* einzusetzendes Instrument. Je mehr die IAG die Instrumentalisierung des Staates, also linke Politik, fordert, desto mehr muss der vermittelnde Charakter des Staates in den Hintergrund der Darstellung treten, weil die Waren produzierende Gesellschaft als Resultat bloßen Willens autonomer Subjekte erscheint und die staatlich gesetzte Subjektform selbst nicht in Frage gestellt wird. Dass sich die Individuen indes nur als Subjekte ihrer gesellschaftlichen Stellung im Produktionsprozess bewusst werden können, weil alles andere auf eine faule Ontologie hinauslaufen würde (6), muss die IAG verdrängen, weil es ihr ohnehin nicht um Aufklärung durch Kritik geht.

Die Kritik der Politik hätte hier anzusetzen: Den Subjektstatus als Ideologie zu denunzieren, weil es das Kapital ist, das durch die Subjekte spricht und ihnen die Sprache des Fetischismus einhaucht. Politik ist, weil sie das Subjekt für wahr hält und nicht als gesellschaftlich produzierte Fiktion betrachtet, immer die Verwirklichung des kapitalen Interesses, also des Gemeinwohls. Die Aufhebung der Politik im Sinne einer Antipolitik, die ohne *tatsächliche* Emanzipation der Individuen zu autonomen Subjekten auskommt, kann nur dazu führen, das sich autonom wöhnende Subjekt in ein Staatssubjekt Kapital zu verwandeln, also die Differenz zwischen Individuum und Staat einzuebnet. Während das bürgerliche Subjekt stets meint, unabhängig, partikular und egoistisch zu handeln, damit aber das Allgemeine reproduziert, handelt das Staatssubjekt Kapital (7) offen im Dienst des Ganzen - *du bist Deutschland*. Während das bürgerliche Subjekt (hier vertreten durch die IAG) meint, den Staat als Instrument für die Verwirklichung eigener Interessen benutzen zu können, also Politik zu betreiben, agiert das Staatssubjekt Kapital antipolitisch, das heißt gegen die Vermittlung individueller Interessen. Was lediglich als graduelle Differenz daher kommt - schließlich handeln beide im Auftrag des Gemeinwohls -, entpuppt sich im realen Vollzug als Unterschied ums Ganze: Kennt das bürgerliche Subjekt den Ego-

ismus, an den zu appellieren sich für Kommunisten einzig lohnen würde, ist das Staatssubjekt Kapital immer schon bereit zum Opfer fürs große Ganze. Und nicht nur das: Wie es selbst zum Opfer stets bereit ist, so fordert es auch das Opfer der anderen; im Krisenfall wird es zur Bestie, die die Welt terrorisiert. Oder in den Worten Thomas Manns in Bezug auf die Deutschen: „Der Deutsche als Politiker, glaubt sich so benehmen zu müssen, daß der Menschheit Hören und Sehen vergeht - dies aber hält er für Politik. Sie ist ihm das Böse, - so meint er denn um ihretwillen recht zum Teufel werden zu sollen.“ (8)

Man könnte relativ entspannt damit fortfahren, zu versuchen, die Bürger mit Kritik zur Reflexion zu bewegen, bestünde nicht jederzeit die Gefahr, dass diese im Anflug autoritärer Sehnsucht ihrerseits das Subjektsein opfert und sich fortan der hemmungslosen Antipolitik verschrieben. Die Anforderungen an das Subjekt, dessen Status im Spätkapitalismus immer prekärer wird, und das rasant anwachsende Gefühl der Ohnmacht bergen - neben der derzeit unwahrscheinlichen Perspektive der kommunistischen Revolution - die Gefahr eines Aufgebens, das gleichsam ein Hineinstürzen in die antipolitische Raserei bedeutete. Deren aktuell bedeutendste Vertreter sind in den Reihen der Hamas zu finden - mehr noch als die stagnierende Zahl der Neonazis zeigt die steigende Zahl der Islam-Konvertiten, dass das Angebot kollektiver Verantwortungslosigkeit für immer mehr Menschen attraktiv ist. Besonders im postnazistischen Deutschland hat sich die Antipolitik zäh gehalten, weswegen gerade hierzulande jeder bürgerlichen Ideologie doppelt zu misstrauen ist. Die Propaganda der IAG ist damit nicht nur bürgerliche Ideologie, sondern trägt zugleich den Keim des Schlimmeren in sich. Und die Tatsache, dass dieses Schlimmere bei ihr keine Erwähnung findet, bestätigt diesen Verdacht. Gut nur, dass der gesellschaftliche Einfluss der IAG gegen Null tendiert - ob nun aufgrund verlockenderer Angebote auf dem Politikmarkt oder weil finanzkräftige Unternehmer die Massenmedien unter Kontrolle halten. ■

Alle nicht anders gekennzeichneten Zita-

te entstammen dem Artikel Staat gleich Politik? Anmerkungen zu Ökonomie und Politik im Kapitalismus von der Initiative Antiherrschaftliche Gesellschaftstheorie in der Phase 2, Nr. 18, S. 8-11.

Anmerkungen:

(1) So der Titel einer Veranstaltungsreihe der Berliner Initiative antiherrschaftliche Gesellschaftstheorie.

(2) Parteinahmen wie Grußbotschaften an den Präsidenten der Vereinigten Staaten oder die US-Army waren gegen die linken Friedensfreunde gerichtet - wer diese Parteinahmen nicht verstanden hat und sie beispielsweise so deutete, dass die Antideutschen sich nun als Politikberater gerierten, muss die Begründungen, die zur Befürwortung des Irak-Krieges gegeben wurden, schlichtweg ignoriert haben.

(3) Das zeigt übrigens schon die Verwendung des Begriffes „Logik“. Wenn die Gesellschaft von einer „Logik“ durchwaltet wird, dann haben wir es mit einer lückenlosen, in sich vernünftig begründbaren Veranstaltung zu tun.

(4) Aus irgendeinem unerfindlichen Grund scheint Antonio Gramsci der neueste Schrei auf dem Theorie-Markt zu sein. Der ist zwar schon angestaubt, aber taugt immer noch dazu, sich nicht mehr mit der Kritischen Theorie auseinanderzusetzen zu müssen. Gramsci ist nicht nur die Referenzgröße der IAG, sondern auch Röttgers und Wagenknechts. Sie schreiben in gewisser Weise alle denselben Mist ab - die Begriffe „Neoliberalismus“, „Block“, „Hegemonie“ und „Zivilgesellschaft“ schillern grell als Signalwörter für den nach Identifikation suchenden Theoretiker.

(5) Ihre ansonsten erfreulich politikkritischen Genossen von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft übrigens auch nicht. In ihrem Papier „Politik - Opium des Volkes“ (<http://mitglied.lycos.de/fdkg2003/antiparlamentarismus.htm>) schreiben sie über den „Versuch der Bewusstseinsindustrie, den Opel-Streik antiamerikanisch als Konflikt zwischen einem skrupellosen

Yankee-Konzern und der deutschen sozialen Marktwirtschaft aufzuladen.“ Dass die Lohnabhängigen aufgrund der Identifikation mit der Produktionsgemeinschaft eventuell von selbst das antiamerikanische Ressentiment produzieren könnten, darf nicht sein.

(6) Ein repräsentatives Beispiel ist die Ontologie des Robert Kurz, besonders ausgeprägt in seinem Band *Die antideutsche Ideologie*, Münster 2003. Dort (S. 152ff) begreift Kurz das Subjekt als ausschließlich vom Wert konstituiert und will es radikal verwerfen. Übrig bleibt nur ein abstraktes Sein an sich, das dann Träger des eigentlichen Individuums ist. Kurz' Subjekttheorie zeigt auf, wie wenig er gewillt ist, die Warenproduktion als besondere Form der gesellschaftlichen Aneignung von Natur zu begreifen. Folglich kann Kurz auch nichts mit der Psychoanalyse anfangen - Natur wird ihm zum bloßen An-sich-sein, das der künstlichen Gesellschaft schroff gegenübergestellt ist. Bei Kurz' Nachplappern, etwa den Wertkritischen Kommunisten Leipzig, wird dieses Phänomen in seiner ganzen Platttheit deutlich.

(7) Zum von Heinz Langerhans entlehnten Begriff des „Staatssubjekt Kapital“ vgl. die hervorragende Einführung in Langerhans' Denken von Jan Gerber. Jan Gerber, *Das „Staatssubjekt Kapital“*. Heinz Langerhans und seine Gefängnisthesen. Vorwort, in: Heinz Langerhans, *Staatssubjekt Kapital*, Texte zur Diskussion um Faschismus, Krieg und Krise. Materialien zur Aufklärung und Kritik 1, herausgegeben von Anja Worm, Christian Maslo, Christoph Beyer und Jan Gerber, Halle/ Saale 2004.

(8) Thomas Mann, *Essays*, Band 5, Frankfurt a.M. 1996, S. 272f., zitiert nach: Redaktion *Bahamas*, *Antipolitik und Gegenaufklärung*, in: *Bahamas*, Nr. 43/2003.